

# FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR MIT-STEUERREFORM

ARGUMENTE ZU DEN GÄNGIGEN KRITIKPUNKTEN

## **Vorwurf 1: Die Reform ist sozial ungerecht, sie entlastet vor allem Spitzenverdiener. Geringverdiener schauen „in die Röhre“.**

Das Gegenteil ist der Fall: Durch die Verdoppelung der Werbungskostenpauschale profitieren vor allem mittlere Einkommen. Die Absenkung der Steuersätze ausschließlich im unteren und mittleren Bereich begünstigt alle Steuerzahler, aber verhältnismäßig am stärksten die unteren und mittleren zu versteuernden Jahreseinkommen zwischen 13.669 und 60.000 Euro. Genau diese Mittelschicht ist in den vergangenen Jahren vernachlässigt worden. Sie musste stets steigende Sozialbeiträge verkraften, ohne an irgendeiner Stelle entlastet zu werden. Die Anhebung des Grundfreibetrags für Kinder auf das Niveau der Erwachsenen in Kombination mit der zugleich vorgeschlagenen Anhebung des Kindergeldes begünstigt alle Familien mit Kindern, sogar Lohnempfänger, die keine Steuern zahlen.

Konkret: Ein Single ohne Kinder mit 3.500 Euro Monatsbrutto würde 2020 nach dem MIT-Modell 16,9 Prozent weniger Steuern zahlen als 2016. Eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind und 2.500 Euro Monatsbrutto würde sogar 34,3 Prozent weniger Steuern zahlen und ein Alleinverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern und 4000 Euro Monatsbrutto würde um 35,3 Prozent entlastet. Ein mit 8000 Euro gut verdienendes Doppelverdiener-Ehepaar mit einem Kind hätte dagegen „nur“ eine Entlastung um 18,4 Prozent. In absoluten Zahlen bekommen Menschen, die jetzt sehr hohe Steuern zahlen, durch die Reform natürlich auch eine größere Entlastung, aber relativ gesehen werden mittlere Einkommen und Familien mit Kindern mit geringen und mittleren Einkommen am stärksten entlastet.

## **Vorwurf 2: Aber von der Anhebung des Grundfreibetrags profitieren doch vor allem höhere Einkommen.**

Das stimmt, aber das ist nur ein Teil der dritten Reformstufe. Die ersten zwei Stufen der Reform zielen gerade auf kleinere und mittlere Einkommen. Und noch wichtiger: Zu unserer Familienentlastung gehört auch die entsprechende Anhebung des Kindergeldes (+ 36 Euro/Monat), sodass auch Geringverdiener und mittlere Einkommen vollständig von dieser Familienkomponente der Steuerreform profitieren. Eine Geringverdienerfamilie mit zwei Kindern hätte dann allein dadurch 864 Euro mehr im Jahr. Die Steuersenkungen der Stufen 1 und 2 kämen als Entlastung dann noch dazu. Bei den oberen Einkommen, die vom Grundfreibetrag profitieren, wird das Kindergeld verrechnet, kommt also nicht noch oben drauf.

### **Vorwurf 3: Es gibt gar keine Gegenfinanzierung für die Reform, das ist unseriös.**

Stimmt nicht: Wesentliches Element der Reform ist die Finanzierung aus den erwarteten Steuermehreinnahmen. Ein Drittel der erwarteten Mehreinnahmen soll für Steuersenkungen verwendet werden. Nach der Mai-Steuerschätzung steigen die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden jedes Jahr um durchschnittlich 27 Milliarden Euro. Im Jahr 2020 nimmt der Staat dann schon 135 Milliarden Euro mehr ein als 2015. Davon wollen wir ein knappes Drittel den Steuerzahlern zurückgeben. Das heißt aber auch, dass die anderen zwei Drittel für inflationsbedingte Ausgabensteigerungen, Tarifierhöhungen, zusätzliche Investitionen und sogar für nicht vorhersehbare Sonderausgaben zur Verfügung stehen. Der Drittel-Grundsatz bedeutet aber auch: Sollten die Steuereinnahmen noch stärker steigen, könnten die Steuersätze stärker gesenkt werden, die Entlastungswirkung könnte noch höher ausfallen. Umgekehrt: Sollten die Steuereinnahmen nicht so stark steigen wie erwartet, müssten die Rahmendaten so angepasst werden, dass die Entlastungen geringer ausfallen. Aber unter dem Strich muss bleiben: Ein Drittel der Steuermehreinnahmen muss dem Bürger zurückgegeben werden.

### **Vorwurf 4: Wenn so viel an Steuerentlastung kommt, bleibt nicht mehr genug Geld für andere wichtige Aufgaben wie Sicherheit oder Infrastruktur.**

Dieser Vorwurf geht bei dem MIT-Konzept fehl. Wenn maximal ein Drittel der erwarteten Steuermehreinnahmen den Bürgern über die Steuer zurückgegeben wird, bleiben zwei Drittel beim Staat. In Zahlen: Wenn der Staat 2020 rund 135 Milliarden Euro mehr an Steuern erwartet als 2015 und das MIT-Konzept rund 33 Milliarden Euro Steuerentlastung und 7 Milliarden Euro Kindergelderhöhung vorsieht, dann bleiben 95 Milliarden Euro für andere Aufgaben. Das ist weit mehr als der Inflationsausgleich, sodass der Staat nicht nur die allgemeinen inflationsbedingten Ausgabensteigerungen und die Tarifierhöhungen für sein Personal tragen kann, sondern noch viel Spielraum für zusätzliche Investition, z. B. in Sicherheit, Bildung oder Infrastruktur übrig hat und sogar noch Schulden tilgen könnte.

### **Vorwurf 5: Das ist doch überhaupt nicht seriös gerechnet.**

Das ganze Konzept ist in mehreren Monaten mit Hilfe namhafter Steuer- und Finanzwissenschaftler sowie den Steuerexperten aus Politik, Wissenschaft und Praxis innerhalb der MIT diskutiert und erarbeitet worden. Neben offen zugänglichen Berechnungen des Bundesfinanzministeriums liegen dem Vorschlag spezielle Berechnungen von Prof. Dr. Clemens Fuest vom ifo-Institut München und Experten des IW Köln sowie von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen von der Uni Freiburg zugrunde. Die Berechnungen über die Auswirkungen auf Steuerzahler stammen vom Deutschen Steuerzahlerinstitut des Bundes der Steuerzahler. Die Berechnungen sind wissenschaftlich seriös und fundiert.

 **Vorwurf 6: Das hätte die Union doch schon längst umsetzen können, sie regiert doch schon elf Jahre.**

Die Union hat sich zuletzt im Wahlkampf 2005 für eine umfassende Steuerreform stark gemacht. Aber nach der Wahl war der Koalitionspartner die SPD und diese prozentual fast gleich stark. Die SPD hat jeden Versuch einer Steuersenkung verhindert. Danach lag der Schwerpunkt in der Krisenbewältigung: Abbau hoher Arbeitslosigkeit, Rente mit 67, Wirtschafts- und Finanzkrise, Euro-Rettung. Im europäischen Vergleich hat Deutschland alle Krisen am besten gemeistert, steht wirtschaftlich am stärksten da, hat nahezu Vollbeschäftigung, macht keine neuen Schulden mehr und die Steuereinnahmen steigen weit stärker als angenommen. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass wir erstmals seit 2005 wieder mit dem Versprechen einer Steuerreform in einen Wahlkampf gehen, von der vor allem die Mitte der Gesellschaft und Familien mit Kindern profitieren. Wenn die Union mit diesem Thema die Zustimmung bei der Wahl bekommt, hat sie den Wählerauftrag, die Steuersenkungen in einer neuen Koalition durchzusetzen, so wie sie die „Schwarze Null“, den Verzicht auf Steuererhöhungen, beim letzten Mal durchgesetzt hat.

 **Vorwurf 7: Das ist doch eine reine Wahlkampfaktion, sonst könnte man das doch jetzt schon umsetzen.**

Mit dem aktuellen Koalitionspartner, der sogar die Steuern massiv erhöhen wollte, ist eine umfangreiche Steuersenkung derzeit nicht durchzusetzen. Wenn man für jetzt Steuersenkungen versprechen würde, wäre das unseriös. Außerdem brauchen die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden Vorbereitungszeit. Unser Ansatz, den ersten – gut finanzierbaren – Schritt 2018 zu gehen und dann 2019 und 2020 mit weiteren Stufen zu folgen, ist seriös und glaubwürdig.

Jede Partei muss ihre Themen identifizieren, mit denen sie sich den Bürgern präsentiert, um für Stimmen zu werben. Wenn sie die Stimmen bekommt, ist das ganz klar mit den wesentlichen Wahlversprechen verbunden. Wenn eine Partei ohne Wahlversprechen von Steuersenkungen die Wahl gewinnt, kann sie Steuersenkungen in Koalitionsverhandlungen schwer durchsetzen. Denn sie hat ja kein nachweisbares Wählermandat. Umso wichtiger ist es für die Union, sich an dem Punkt VOR der Wahl sehr klar zu positionieren, um ihn nach der Wahl auch umsetzen zu können.

 **Vorwurf 8: Aber die Umsetzung nach der Wahl ist doch total unrealistisch: Welcher Koalitionspartner soll denn da mitmachen?**

Wie für fast alle Wahlversprechen jeder Partei gilt auch hier: Die anderen Parteien sind häufig dagegen, aber wenn man dann miteinander koalieren muss, muss man eben Kompromisse finden. Es wird darauf ankommen, wie wichtig der Union das Thema ist und wie sehr sie es im Wahlkampf in den Vordergrund stellt. Je bedeutsamer ihr das Thema ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie es auch in der Koalition durchsetzt, wenigstens mit Abstrichen.

## **Vorwurf 9: Die MIT hat doch nicht mal in den eigenen Parteien eine Mehrheit für das Konzept. Die CDU-Parteivorsitzende und der Finanzminister unterstützen das doch gar nicht.**

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat bereits am 20.5.2016 am Rande des G7-Treffens in Japan auf die hohe Besteuerung insbesondere mittlerer Einkommen hingewiesen: „Das kann man korrigieren. Wir haben ja den Spielraum für die nächsten Jahre.“ Und er begründete sogar, warum eine Steuerreform konjunkturell hilfreich ist: „Das sollten wir auch tun, um die gute Lage, die wir jetzt am Arbeitsmarkt haben, auch dauerhaft zu sichern.“ Und im Juni bekräftigte Schäuble in einem Zeitungsinterview, dass es gewisse Spielräume für Steuersenkungen gebe. Der Spielraum reiche, „um den 'Mittelstandsbauch' im Einkommensteuertarif abzuspecken, also vor allem mittlere Einkommen bei der Lohn- und Einkommensteuer spürbar zu entlasten.“ Konkret forderte der Finanzminister: „Wir müssen die Schwelle, ab der der Spitzensteuersatz greift, deutlich anheben.“ Damit liegt er auf einer Linie mit wesentlichen Elementen des MIT-Reformkonzepts.

Minister Schäuble argumentiert mit der Steuerquote (Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt): Die lag bei seinem Amtsantritt 2009 bei 22,4 Prozent, heute liegt sie bei 22,8 Prozent. Wenn man sie auf den Wert von 2009 zurückführen würde, käme es zu Steuerentlastungen von rund 12 Milliarden Euro. Das ist die Zahl die in den Medien im Kontext von Schäubles Steuersenkungsidee genannt wird. Allerdings lag die Steuerquote 2010 aufgrund einer damaligen Tarifierpassung bei nur 21,4 Prozent. Würde man die Steuerquote auf diesen Wert zurück fahren, läge die Entlastung bei rund 40 Milliarden.

Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Sommer-Presskonferenz am 27.7.2016 zugestanden, dass es derzeit Spielräume für Steuersenkungen gebe, weil die Wirtschaftssituation „sehr vernünftig“ und die Zahl der Arbeitslosen nicht gestiegen sei. Deshalb müsse es darum gehen, diese Wirtschaftskraft zu erhalten. Steuersenkungen könnten dabei ein Anreiz sein. Merkel nannte insbesondere die mittleren Einkommen, die besonders von der Kalten Progression betroffen sind. „In diesem Kontext“ sehe sie Möglichkeiten, Steuern zu senken: „Ich glaube, dass es viel Grund gibt, den Leistungsstarken und -willigen in unserem Land, da wo es möglich ist, eine gewisse Entlastung zu geben.“

Das heißt, eine Grundbereitschaft für Steuersenkungen in der kommenden Legislaturperiode ist sowohl bei der Bundeskanzlerin als auch beim Bundesfinanzminister vorhanden. Viele Reaktionen aus der Union bislang sind sehr positiv: JU-Chef Paul Ziemiak unterstützt das Konzept und auch der CDA-Vorsitzende Karl-Josef Laumann fordert Steuererleichterungen für kleine und mittlere Einkommen und nennt den MIT-Vorschlag „ein interessantes und ausgewogenes Konzept.“ CDU-Präsidiumsmitglied und Finanzstaatssekretär Jens Spahn lobt den Vorschlag: „Es ist gut, dass sich die MIT konkrete Gedanken macht, wie wir realistisch Steuern senken können.“ Und der Wirtschaftsrat der CDU hält die Reform für solide und unterstützt die Vorschläge der MIT ebenfalls.

Wie hoch das Entlastungsversprechen ausfallen wird, wird die weitere Debatte zeigen. Letztlich werden die Parteitage von CDU und CSU im Dezember bzw. November darüber entscheiden und damit eine wichtige Vorlage für das Wahlprogramm liefern.

## **Vorwurf 10: Dafür gibt es doch in der Gesellschaft gar nicht genug Unterstützung. Die Zeit der Steuerreformen ist vorbei.**

Im Gegenteil: Mit dem Steuerkonzept scheint die MIT genau den richtigen Ton getroffen zu haben. Medien in ganz Deutschland bewerten das Konzept der MIT überwiegend positiv. Die **FAZ** lobte den Vorschlag überraschend deutlich (9.8.2016): „Hier waren nicht kühne Reformer am Werk, sondern Realisten. Das Ganze wirkt so machbar, dass man sich fragt, warum die große Koalition es nicht einfach jetzt gleich beschließt.“ Und das **Handelsblatt** schrieb (9.8.16): „Es wäre an der Zeit für ein solches Signal, Arbeitnehmer, Facharbeiter und Familien zu entlasten. Das Steuersystem ist dafür der richtige Ort, weniger die Rentenkasse oder der große Topf der Staatssubventionen. Nimmt die Union die Forderungen der MIT ins Wahlprogramm auf, dann macht sie nach langer Zeit endlich mal wieder einen Unterschied.“ Und auch die **Süddeutsche Zeitung** kommentierte positiv (8.8.16): „Man sollte dem Wirtschaftsflügel dankbar dafür sein, dass er die durch ständige Risiko-Vermeidung programmatisch erlahmte CDU zu einer Grundsatzdebatte darüber zwingt, welches Steuersystem gerecht ist.“ Der **Tagesspiegel** unterstützt den Vorschlag ebenfalls (9.8.16): „Der richtige Impuls dabei ist der, die Union inhaltlich ambitionierter aufzustellen als nur als Kanzlerinnen- und Steuererhöhungsverhinderungspartei. Ausgerechnet die Unionsparteien haben in der Wirtschafts- und Finanzpolitik bislang nicht allzu viel Eigenes anzubieten, über das Bewahren des Status quo hinaus. Aber selbst in Krisenzeiten gilt: Es darf und sollte auch mal weitergedacht werden.“ Und die **Leipziger Volkszeitung** frohlockt schon in der Überschrift ihres Leitartikels: „Endlich wieder eine Steuerdebatte.“ Das **Handelsblatt** verkündet bereits: „Mehrheit für Steuerkonzept steht.“

Von verschiedenen Verbänden kam ebenfalls Unterstützung: Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (**ZDH**) unterstützte die Forderung nach Steuersenkungen und lobte die Finanzierung des MIT-Konzepts als schlüssig. Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (**BDI**) lobte die Reform, weil sie eine Entlastung der Mittelschicht bedeute und den Effekt der kalten Progression korrigiere. **DIHK**-Präsident Eric Schweitzer lobt die Reform aus Unternehmenssicht: „Sie hilft vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen. Gerade für Einzelunternehmer ist die Einkommensteuer die eigentliche Unternehmenssteuer.“ Und Lutz Göbel, Präsident des **Familienunternehmerverbandes** freut sich: „Das dreistufige Konzept ist so ausgewogen und vernünftig, dass die CDU-Führung beginnt, es zu unterstützen und andere Parteien nun unter Zugzwang stehen.“

Besonders deutlich ist die Unterstützung durch den **Bund der Steuerzahler**: „Endlich haben einige Politiker Mut bewiesen und eine echte Steuerentlastung für die Bürger vorgeschlagen“, lobt der Verband, und weiter: „Mit diesem Konzept der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union nimmt die Debatte über Steuerentlastungen frühzeitig vor der Bundestagswahl 2017 Fahrt auf – somit erweist die MIT den Steuerzahlern einen großen Dienst.“